

Zum ältesten deutschen Zollstrafrecht.

Von Professor W. Sichel in Marburg.

I. Der Rechtsschutz gegen unrechtmäßige Erhebung.

Die unrechtmäßige Erhebung von Verkehrssteuern hat im Mittelalter eine zunehmende Ausdehnung gewonnen. Von Anfang an forderte eine so wenig geregelte, beschränkte und beaufsichtigte Gewalt, wie sie dem Finanzdienst zustand, den Mißbrauch von seiten derjenigen Beamten heraus, welche durch die Erträge sich selbst bereicherten. Denn die exekutivische Natur der öffentlichen Leistungen machte es ihnen leicht, eine Abgabe von Sachen oder von Menschen, die nicht zollpflichtig waren, zu verlangen oder eine Zahlung in einem tarifwidrigen Betrage aufzuerlegen. Ihr unmittelbares und sofortiges administratives Zwangsverfahren war nicht dadurch bedingt, daß die Entrichtung bloß unterlassen oder verweigert wurde, ohne daß die Pflichtigkeit selber bestritten ward, sondern es war auch in dem Falle zulässig, wenn die Verbindlichkeit überhaupt oder in der beanspruchten Höhe in Abrede gestellt wurde. Offenbar kamen sie dadurch in Gefahr auch da zu eignen Gunsten zu entscheiden, wo sie gar nicht die Absicht hatten einen unrecchten Zoll zu nehmen. Ein Widerstand gegen ihre materiell unbefugte Real-
exekution war zwar berechtigt, aber er hatte geringe Aussicht auf Erfolg; es konnte auch wohl eine bewaffnete Mannschaft bereit sein, um nötigenfalls der Zollverwaltung Beistand zu leisten.¹⁾

¹⁾ So in Coblenz 1247, *Gesta Treverorum continuatio* 5 c. 4, Mon. Germ., SS. 24, 412.

Die Versuche der Könige, die Kompetenzüberschreitungen der Zollbeamten mit allgemeinen Ordnungen zu bekämpfen, beginnen mit einem merkwürdigen Erlass des ersten karolingischen Monarchen. Derselbe bedrohte die Verletzung gewisser Zollfreiheiten mit dem Königsbann und versprach zugleich einem jeden, der ein solches Vergehen nachweisen würde, ohne Rücksicht auf den Antrag oder die Mitwirkung des Beschädigten die Hälfte der Summe als Belohnung.²⁾ Die letztere Bestimmung, die entgeltliche populäre Hilfe, scheint sehr bald wieder aufgegeben zu sein, jedoch abgesehen von einer solchen amtlichen Verwendung des Königsbannes hielten Karl der Große und Ludwig der Fromme noch an der Buße von 60 Schillingen fest. Diese Strafe war jetzt die ordentliche Strafe für Zollunrecht überhaupt, sowohl für Besteuerung zollfreier Waren als für Erhebung an unerlaubten Zollstätten, sowohl für das Vergehen eines Beamten als für die Anmaßung eines staatlichen Rechts.³⁾ Auch sonst hat der Königsbann damals auf Dienstübertretungen der unteren Beamten Anwendung gefunden,⁴⁾ allein es ist wohl kein weiteres Beispiel dafür vorhanden, daß ein Teil solcher Bannstrafen dem Anzeigenden ausgehändigt werden sollte.⁵⁾

Das historische Schicksal der karolingischen Ordnung ist kaum noch aufzuhellen. Wir sehen etwa, daß sie früh aus dem deutschen Recht verschwunden ist, aber wir sind schwerlich im Stande die Ursachen ihres Unterganges nachzuweisen. Es mag sein, daß schon Ludwig der Fromme ihre Geltung erschüttert hat, indem er die Unbotmäßigen persönlich zur Rechenschaft zog, um sie härter, als er früher selbst verfügt hatte, zu bestrafen.⁶⁾ Als dann die Königsboten, die eine Zeitlang für die Wirksamkeit der Vorschrift thätig waren — ein um 781 für Italien ergangenes Kapitulare weist darauf hin⁷⁾ — in Deutschland aufhörten, ist es der Verwaltung leichter geworden sich einer Strafe zu erwehren, für deren Handhabung der königlichen Regierung die zuverlässigen Mittel und eine beständige Kontrolle fehlten, einer Strafe, zu der nur der Vorgesetzte

²⁾ Boretius, Capitularia 1, 32,4.

³⁾ Ebd. 1, 144, 7: 190 f., 8: 285, 17: 294,1 f.

⁴⁾ Perß, Leges 1, 352, 13; 354,5.

⁵⁾ Bei dem Ausführverbot und der Preistage (Boretius, Capitularia 1, 123,7; 140,5) liegt keinerlei Amtsvergehen vor.

⁶⁾ Ebd. 1, 306,21 und Perß, Leges 1, 352,11.

⁷⁾ Boretius, Capitularia 1, 191,8.

verurteilte und die nicht etwa gleichzeitig mit der Ersatzklage des Beschädigten vor Gericht geltend zu machen und vom Gericht zu verhängen war.⁸⁾ Es kommen allerdings hier oder dort noch später Geldstrafen für das Unrecht eines Zolleinnehmers wie für die Usurpation eines Zolles vor, aber sie scheinen in Deutschland neueren Ursprungs zu sein, wie denn auch ihre Beträge mehr oder weniger von dem Königsbanne abweichen.⁹⁾ Ob es in Frankreich anders war, kann ich zur Zeit nicht sagen. Wenn die *Anciennes Coutumes d'Orléans*¹⁰⁾ einmal erklären: *qui prent comme paageur et il ne l'est amende de 60. sols à le joustice*, so scheint es schon deshalb bedenklich dieses Recht an das karolingische anzuknüpfen, als es lediglich den treffen soll, der keinen Zoll bejaß.

Seit dem Verlust des Bannes oder wenigstens eines geregelten Bannes trat eine andre Seite des Unrechts mehr in den Vordergrund. Es bestand von alters her im Fränkischen Reiche der Satz, daß ein Beamter durch die seine Eigenschaft selbst für scheinbar amtliche Handlungen nicht von der privatrechtlichen Verantwortlichkeit, insbesondere von der Pflicht, dem Privaten einen zugefügten Vermögensschaden zu erstatten, befreit werde. Die Karolinger haben in Anwendung dieses Satzes auf unser Gebiet ausdrücklich anerkannt, daß wegen eines mit Unrecht genommenen Zolles auf Ersatz und Buße geklagt werden dürfe.¹¹⁾ Nicht daß hier eine amtliche Handlung zum Gegenstand eines Prozesses gemacht werden sollte; das Gericht hatte über die Behauptung, daß ein widerrechtlicher Eingriff in ein fremdes Vermögen erfolgt sei, so zu entscheiden, als ob der Verklagte, wenn derselbe ein Beamter war, soweit nicht Beamter sei; gleichviel, ob ein Zolleinnehmer gegen den Tarif gehandelt oder

⁸⁾ Das geht wohl am deutlichsten aus der zweiten Stelle in Anm. 4 hervor.

⁹⁾ Zglau § 94, Tomaschek, Deutsches Recht in Österreich 1859 S. 294, läßt den Zöllner *judici 60 solidos et cuilibet jurato 30* zahlen. — Das friesische Marktrecht § 10, v. Nithofen, Rechtsquellen S. 422 oder de Haan Hettema, Dube Friesche Wetten 2, 144, setzt darauf fünf Schillinge. — Nach den Kriminalregistern von St. Peter bei Gent ist die Usurpation eines Zolles mit 60 Pfund bestraft, Warnkönig, Flandrische Rechtsgeschichte 3, 245 f. S. 68 § 58; 77 § 42, vgl. zur Beurteilung der Strafsomme ebd. 2, 121 S. 45 § 6.

¹⁰⁾ Bei de La Thaumassière, *Coutumes de Beauvoisis* 1690 S. 468.

¹¹⁾ Boretius, *Capitularia* 1, 191,8; 285,17; lib. Pap. Ludovici 23, *Leges* 4, 534. Der Grundsatz gilt auch sonst, so z. B. in betreff des Fronboten, sächs. Landrecht 3, 56,2.

ein Privater nur tatsächlich eine Verkehrsabgabe erzwungen hatte. Von dieser Anschauung ausgehend, überdies gedrängt durch die Erfahrung, daß die unberechtigte Eintreibung von Zöllen keineswegs bloß von Zollbeamten, sondern noch mehr von rein faktischer Vergewaltigung drohe, hat das spätere deutsche Recht das Vergehen schlechthin unter den Gesichtspunkt des Straßenraubes gebracht. Wie es bei dem Königsbann nicht in Betracht gekommen war, ob der Einnehmer mit der Verwaltung eines zu Recht bestehenden Zolles betraut war oder nicht, so begründete es auch jetzt keinen Unterschied, ob ein Zollherr seinen Tarif willkürlich erhöhte oder sonstwie einen Zoll ohne Recht erhob, oder ob jemand einen Zoll an einem Orte hielt, wo er dazu nicht befugt war: in beiden Fällen liegt das gleiche außeramtliche, rechtlose Thun vor.¹²⁾

Auch an dieser Stelle scheint das Deutsche Reich frühzeitig von einzelnen Landschaften überholt zu sein, in denen die soziale Macht des Bürgertums für ein schon lange empfundenes Bedürfnis eine neue Form der Befriedigung hervortrieb. Die neue Sicherung gegen Zollunrecht bestand darin, daß die Steuerpflicht, wenn sie bestritten wurde, durch das ordentliche Gericht festgestellt werden mußte, bevor eine Vollstreckung erfolgen durfte. Hier mußte jetzt eine Handlung, die das Recht Gefälle zu erheben mehr oder weniger verletzte, im Falle des Einspruchs offen als Unrecht auftreten, während sie da, wo der administrative Bescheid herrschte, ungeachtet ihrer materiellen Unrechtmäßigkeit in der Form des Rechtes erschien. Für wie lückenhaft ich nun auch mein Material, das ich gelegentlich andrer Nachforschungen gesammelt habe, halten muß, so glaube ich doch nicht sehr fehlzugehen, wenn ich jene Errungenschaft noch im 13. Jahrhundert für eine seltene halte. Wenigstens dauert an Orten, die sonst zu den vorgeschrittenen gehören, das alte administrative Zwangsverfahren unverändert fort,¹³⁾ so daß die Berufung an das Gericht

¹²⁾ 1199, Barnkönig a. a. O. 2, 1, 8 S. 19 f. in einer landesherrlichen Zollordnung für Gent. Berz, Leges 2, 315, 6; 434, 8; 437 f., 8; 450, 19. Ottokars Landfriede für Österreich um 1250, Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen 1, 1 S. 57. Österreichisches Landrecht Art. 57 und § 43, Hafensöhrl S. 256, 270. Vergl. die willkürliche Bestrafung 1276 Urth. des Landes ob der Enns 3, 488 S. 451.

¹³⁾ Z. B. Gent 1192 § 23, Barnkönig a. a. O. 2, 1, 6 S. 17 § 23; St. Omer 1218, Giry, Histoire de Saint-Omer 1877 S. 465, Bourbourg 1165, ebd. S. 384 hat den Rechtsweg nur für den Streit zwischen dem Herrn und der Gemeinde; Coblenz 1209, Beyer, Mittelrheinisches Urkundenbuch 2, 242

nur etwa in der Gestalt wirksam war, daß sie als Einrede gegen die Beschuldigung Zoll hinterzogen zu haben geltend gemacht wurde. Jedoch scheint das Stadtrecht von Freiberg Kap. 40 gegen Ende des 13. Jahrhunderts dem Widerspruch gegen die Behauptung Zoll schuldig zu sein die Kraft verliehen zu haben, daß die Streitfache der gerichtlichen Erlebigung überwiesen wurde.^{13a)}

II. Die Defraudation.

1. Die Strafe.

Die zahlreichen Auflagen auf den Verkehr mit Vermögensgegenständen waren für die öffentliche Verwaltung zu unentbehrlich, als daß dieselbe die Gefährdung der Einnahmen nicht mit stärkeren Mitteln als mit dem bloßen Zwange zur Erfüllung bekämpft hätte. So waren Bußen altherkömmlich und allgemein. Der Vorrat von Strafen, den das Mittelalter auf seiner Höhe besaß, ist groß, aber darin herrscht noch Übereinstimmung, daß sie ausschließlich das Vermögen treffen; noch im 13. Jahrhundert kommt es nur selten vor, daß sie sich zugleich auch gegen die Person des Schuldigen wenden.¹⁴⁾

§. 281 f.; vgl. Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben 3, 488 § 49. So wohl auch Passau 1209, Mon. Boica 28, 253 §. 283 f.: *statutum est, ut retentionem thelonei et injuriam, si qua super hoc orta fuerit, iudex civitatis super terram et mutarii super aqua debeant judicare.* — 1218, Lacomblet, Urkundenbuch 2, 78 §. 43 betrifft wohl die Feststellung des Zolltarifs durch Weistum, wie das sonst üblich ist, s. Lamprecht a. a. O. 2, 286; 625; 636, und schon 928, Ragut, Cartulaire de Saint-Vincent de Mâcon 1864 §. 292 f. beginnen mag. — Vergl. Synode von St. Omer 1099 c. 4, Mansi 20, 971 f.: *constituimus, ut neque peregrini neque mercatores ullo tempore deprædantur, nisi comprobati fuerint redhibitionem consuetudinariam retinuisse. quod si hoc fecisse convicti fuerint, emendationem faciant domino patriæ secundum consuetudinem terræ illius.* 1208, Guérard, Cartulaire de l'église de Notre-Dame de Paris 1, 301 = 2, 250.

^{13a)} Vergl. 1278, Guérard a. a. O. 2, 27 f.: *zwei pedagiarii de Cauda juraverunt ad sancta Dei euangelia coram nobis (officiali curie Parisiensis), quod de cetero non arestabunt neque capient — nanta sive pignora — pro transitu sive pedagio — ab hospitibus ac hominibus de corpore decani et capituli (Parisiensis), quantum ad hec jurisdictioni curie Parisiensis se supponentes.*

¹⁴⁾ Frühere Beispiele bieten Dordrecht 1266, Bergb., Dorfsdenboef 2, 132 §. 62 = Höhlbaum a. a. O. 1, 621 §. 216, und Beseß 1277, Lacomblet a. a. O. 2, 258 §. 133; spätere z. B. Grimm, Weistümer 6, 564 § 10; Österreichische Weistümer 6, 527.

Zunächst zieht der Königsbann bei Zöllen und Marktabgaben die Aufmerksamkeit auf sich. Die mir hierfür bis ungefähr zum Jahre 1300 zur Verfügung stehenden Quellen, bei denen ich glaube Frankreich, Deutschland und Burgund vereinigen zu dürfen,¹⁵⁾ sind die folgenden:

Concilium Arvernense 1095 c. 11, Martene et Durand, Thesaurus 4, 123 f.: si mercatores transierint per istam terram et non reddiderint pedagium et teloneum, si potuerint jurare quod non scirent consuetudinem istius redditus, reddent cum 60 soli dis neque ab eis amplius exigetur.

Carcaſſonne um 1204 § 113, Teulet, Layettes 1,743 S. 281: si aliquis furaverit lesdam salini, est sub incurſione domini 60 solidis Melgoriensibus et unum denarium.

Coutume de Touraine-Anjou § 138, daraus Établissements de saint Louis 1,149, Bioſſet, Établissements 3,92; 2,284 f. Coutume d'Anjou Art. 50, ebd. 4,162.

Beaumanoir ch. 30, de La Chaumaffière (Ann. 10) S. 156.

La Chapelle-Aude 1065, Chazaud, Cartulaire de la Chapelle-Aude 1860 Nr. 16 S. 33: quicumque leidang non redderet, qui reddere deberet, 60 solidos emendaret.

Reims 1182, Teulet a. a. O. 1,313 S. 134: si quis sextralagium archiepiscopi asportaverit vel detinuerit, forisfactum archiepiscopo per 60 solidos emendabit.

Arras 1111, van Drival, Cartulaire de l'abbaye de Saint-Vaast d'Arras 1875 S. 179: si ab aliquo burgensium debentium theloneum de mercato facto theloneum requisisset, aut ei daret aut si fecisse mercatum negaret, vocatus ad justitiam sacramento manu sua defenderet aut guarandum se non debere condiceret aut per 60 solidos redderet. 12. Jahrhundert, baj. Seite 169 f.: potest etiam sanctus Vedastus capere theloneum suum et arrestare mercaturas illorum, qui nolunt solvere theloneum, tam in civitate Atrebatensi quam extra, sine justitia et scabinis, et sequi illos, qui furtive asportant theloneum suum; — et illi qui sic deprehenduntur et arrestantur, theloneum sancti Vedasti furtive asportando, tenentur solvere sancto Vedasto sexaginta solidos parisin. pro emenda forefacti.

¹⁵⁾ Dijon (Du Tange ed. Fabre 6, 242 v. pedagogarius) und Châtillon sur Seine 1371 §§ 25, 195, 214, 223 f. (Giraud, Essai sur l'histoire du droit français 2, 346, 391, 394 f.) haben bei ihren 65 Solidi wohl dieselbe Ursumme.

Incourt 1226, Willems, *Les gestes des ducs de Brabant* 1,628: si oppidanus aliquis equos vel currum oneratum miserit extra eamdem villam, poterit tota die facere, quidquid sibi placuerit, et nullam emendam debeat pro teloneo, dummodo persolverit sole lucente. si autem differat dare usque in crastinum, debeat 5 solidos, si probetur per scabinos, aliter autem 60. et si diceret burgensis sive extraneus quod dedissent, non potest improbari nisi per scabinos et ille posset probare sola manu, quod dedisset.

Brügge um 1190 § 20, Gillioots van Severen, *Coutume de Bruges I*, 1874, S. 192: nemini in foro comitis stallos locare licebit; quod si locaverit et veritate scabinorum super hoc convictus fuerit, 60 solidos comiti dabit. Auch bei Warkönig a. a. O. 1,12 S. 36 § 22.

Denbermonde 1199 §§ 4, 6, Warkönig a. a. O. 2,1,8 S. 28 f.

Zoll auf der Denber 1200 §§ 6—8, das. 2,2, 212 S. 161 f.

Utrecht 1122, Höhlbaum, *Hanßisches Urkundenbuch* 1,8 S. 6.

Coblenz 1209 in Anm. 13.

Münster um 1221, Wilmans, *Westfälisches Urkundenbuch* 3,173 S. 93.

Münden 1246, Döbner, *Städteprivilegien Otto des Kindes* 1882 S. 26.

Erfurt 1289 § 45, Kirchhoff, *Weistümer der Stadt Erfurt* 1870 S. 24, vgl. S. 167.

Goslar 1219, Götschen, *Die Goslarischen Statuten* 1840 S. 115; 1223, Winkelmann, *acta imperii* 1, 448 S. 383. Die Folge ist der neunfache Zoll und für jeden Pfennig 60 Schillinge.

Lübeck 1227, Höhlbaum a. a. O. 1,223 S. 70: novem pliciter compensabit et 60 solidos componet, bei Haack cod. 1 Art. 120 S. 225, vgl. S. 567.

Eine Zollordnung zweier Grafen von Holstein um 1262, Höhlbaum a. a. O. 1,573 S. 202 f.: si aliquis theloneum fur-tive vel negligenter deduxerit, solvet pro quolibet denario novem et si querimonia proinde ad presentiam advocati pervenerit, dabit pro excessu advocato talentum, consulibus talentum et tholonario similiter. Das letzte, dritte Pfund fehlt in einer andern, vielleicht Entwurf gebliebenen Fassung.

Freiburg im Üchtland 1249; danach Thun 1264, Harberg 1271, Burgdorf 1273 und Bern 1274, *Fontes rerum Bernen-*

sium 2, 281. 557. 720 €. 300. 594. 782. 3, 58 €. 50. 2, 3 €. 4. Berner Weistümer bei Grimm 4, 455, 29. 465, 27.

Neuenburg 1214, Walthër, Geschichte des Bernerischen Stadtrechts, Beylagen €. XIX; danach Rugerol 1260, Fontes rerum Bernensium 2, 481 €. 502.

Châtel en Genevois 1307: si quis furtim portaverit leydam vel pedagium, solvat 60 solidos, et si remiserit priusquam sit domui, quictus sit, Les Franchises de Châtel en Genevois, publ. p. Vuy, Extrait du XI^e volume des Mémoires de l'Institut genevois 1866 €. 38.

1227, Pérard S. 531 nach Du Cange ed. Favre 8, 266 v. ventarius.

Moudon 1285 §§ 4, 6, Forel, Chartes du pays de Vaud 1872 €. 18; spätere Rechte das. €. 78. 166. 218.

Die aus der vorstehenden Liste ersichtliche geographische Verbreitung der 60 Schillinge legt sofort die Vermutung nahe, daß dieser Bann von königlichen Märkten und Zöllen der fränkischen Zeit ausgegangen ist. Wenn ich nicht irre, so stellt ihn in der That ein Befehl Ludwigs des Frommen an die Spitze der historischen Entwicklung des mittelalterlichen Zollstrafrechts. Der König verfügte, daß gewisse Defraudationen mit derselben Strafe geahndet werden sollen, welche „vorher“ bestimmt sei;¹⁶⁾ ist nun, wie ich glaube, die in dem unmittelbar vorhergehenden Satz verordnete Strafe gemeint und nicht etwa auf eine andre in dem vorangehenden Kapitel aufgestellte Norm verwiesen, so würde sich ergeben, daß die Karolinger den Königsbann auf Defraudationen angewendet haben. Ein späterer Beweis dürfte in einigen Marktprivilegien zu finden sein. Nachdem wir seit längerer Zeit erfahren haben, daß die königliche Marktverleihung eine Gewalt enthielt, kraft deren der Privilegierte die herkömmlichen Gefälle, Passierzoll wie Verkaufsabgabe, mit Zwang und Strafe eintrieb, so wie es auf den Märkten des Königs geschah, ohne daß jedoch die übliche Defraudationsstrafe erkennbar würde,¹⁷⁾ klärt eine Urkunde Ludwigs des Kindes vom

¹⁶⁾ Boretius, Capitularia 1, 294, 2. Der Herausgeber bezieht superius auf das erste Kapitel, eine Auslegung, welche das Wort damnandum wohl nicht zur rechten Geltung kommen läßt.

¹⁷⁾ 825 gibt Pippin I. von Aquitanien St. Croix Märkte und telonea vel districta, quae ex ipsis exigi deberent, Bouquet 6, 2 €. 663; 874 verleiht Karl der Kahle einen Wochenmarkt und quicquid ex ipso mercatu sive districto atque banno adquiri potest, Guérard, Cartulaire de Saint-Bertin 1840 Nr. 51 €. 120.

Jahre 900 wohl darüber auf, daß jetzt der Bann dazu berechtigte, den Kontravenienten in eine Buße von 60 Schillingen zu nehmen.¹⁸⁾ Oder wäre es anders zu verstehen, wenn das Diplom von dem Markte jagt: *ibi potestatem habeant accipiendi teloneum, quod ipsorum advocatus nostro exigit banno ab his, qui illuc causa emendi veniunt?* Einige spätere Privilegien gebrauchen ähnliche Wendungen.¹⁹⁾ Hatte auch wohl ursprünglich der Grafenbann als das ordentliche Mittel der Steuerverwaltung gebient, wie er es auch noch in der Ordnung von Rastatt zu sein scheint,²⁰⁾ so ist doch meines Erachtens nach dem Gesagten die Annahme gerechtfertigt, daß die Einführung des Königsbannes von den Königen selbst eingeleitet ist, um bald darauf den partikulären Gewalten anheimzufallen.

Von geringerem Interesse ist die Konfiskation der Ware oder auch des Fahrzeugs. Zuerst tritt sie in einem Kapitulare für Italien auf, dann begegnen wir ihr in Rastatt, und im westlichen Süddeutschland behält sie dauernde Anwendung,²¹⁾ aber auch andernwärts hat sie vielfache Geltung gewonnen.²²⁾ Wenn Viollet recht hat, daß sie in Frankreich erst auf den Königsbann gefolgt ist,²³⁾ so wäre es unmöglich, sie aus dem römischen Rechte²⁴⁾ abzuleiten.

¹⁸⁾ 900. Wilmans, Kaiserurkunden 1, 57 S. 266 für Corvei.

¹⁹⁾ 973. Th. Sidel, Die Urkunden der deutschen Könige 1 S. 584. 993, v. Heinemann, Codex dipl. Anhaltinus 1, 83 S. 65, vergl. die Konfirmation von 1000, ebd. 1, 89 S. 70. 994, v. Pojorn-Klett, Sachsen's Münzen 1, 365.

²⁰⁾ Leges 3, 481, 7.

²¹⁾ Boretius, Capitularia 1, 319, 17. Leges 3, 481, 3. Augsburg 1276 Art. 10 § 9 S. 27 Meyer, vergl. 1282 Mon. Boica 33, 1, 143 S. 161. Österreichische Weistümer 4, 318; 6, 148, 181, 287, 296; 7, 21, 339, 709. Steiermärkisches Landrecht Art. 169, anders (aus dem Schwabenspiegel) Art. 244. 1281, Geschichts-Quellen der Stadt Wien 1, 1, 19 S. 65, erneuert 1, 1, 44 S. 125; 1439 das. 1, 2, 137 S. 45.

²²⁾ Baader, Nürnberger Polizeiordnungen 1861 S. 142. Nemich 1462 § 35, Leclercq, Coutumes de Luxembourg et de Chiny 1, 1867, S. 125 = § 36, Hardt, Luxemburger Weistümer 1870 S. 595. 1252, Bergh a. a. O. 1, 555 S. 295 = Hölbaum a. a. O. 1, 429 S. 142. Um 1262 Hölbaum a. a. O. 1, 573 S. 201 bei abgelegnetem Ungeld.

²³⁾ Les Établissements de saint Louis 4, 163. Vergl. Schäffner, Rechtsverfassung Frankreichs 2, 177.

²⁴⁾ Quintilian, declamat. 359. Dig. 39, 4, 14; 16 § 12. Cod. Justin. 4, 61.

Eine dritte Gruppe von Rechtsjagen eröffnet Eise von Repton. Er unterscheidet die Zölle auf Wassermwegen und Brücken von dem Marktzoll und läßt bei diesem dreißig Schillinge, bei jenen den vierfachen Zoll verwirken. Obwohl es nicht leicht sein mag, die Angabe in dem Umfang zu lokalisieren, in dem sie, nach den häufigen Wiederholungen zu schließen, gegolten hat,²⁵⁾ so erscheint es doch erheblich schwieriger, sie aus ihrem Ursprung verständlich zu machen. Handelte es sich bei den 30 Schillingen um nichts anderes als um eine partikuläre Bestimmung der Bannsumme, so würde es genügen können in Erinnerung zu bringen, daß auch außerhalb Sachsens höhere und geringere Beträge als 60 Schillinge gegolten haben.²⁶⁾ Allein müssen überhaupt diese norddeutschen 30 Schillinge Bannstrafe sein? Da die Summe selbst über ihre Natur keine Auskunft geben kann, so lassen wir zunächst den Verfasser des Göltinger Landrechts²⁷⁾ 44,6 über sie sprechen: Swelich man daz vor sumit, daz er dem zolnere jinen rechtin zoln nicht ne gibt, der sol durch recht jine hohisten buze gebin, daz sint drißich schillinge, unde ne darf doch deme richtare daromme niht gewettin. jedoch sprechin jume liute, daz er durch recht sezzich schillinge wettin jule; des n'is nicht, wande an sezzich schillingin ne stet ne heines mannis buze, sundir des aleine, die da wettit undir des kuniges banne. Sodann jagen uns die Magdeburger Fragen 1, 21, 1, daß die dreißig Schillinge an den Zöllner, beziehungsweise an den Zollherrn fallen. Liegt da nicht der Gesichtspunkt zu Grunde, daß eine Buße für die versuchte Beschädigung eines fremden Vermögensrechts zu leisten sei?

Das Befremdliche dieser gleichsam privatrechtlichen Auffassung verliert sich vielleicht, wenn wir uns zu der andern Strafe, der Vervielfältigung der Schuld, wenden. Das Dreifache ist eine Composition für Diebstahl nach der Lex Thuringorum 35—38. Das Neunfache hat nach der Lex Saxonum 36 zu erstatten, wer eine

²⁵⁾ Sjp. 2, 27,1 = Schbp. B. 166 = Ruprecht von Freising 1, 128. Magdeburger Fragen 1, 21,1. Dreißig Schillinge galten neben der Konfiskation in Freiberg Kap. 40, Schott, Stadtrechte 3, 271; das Vierfache z. B. 1263 Voigt, codex dipl. Prussicus 1, 145 S. 151.

²⁶⁾ B. B. Lacomblet a. a. O. 2, 258 S. 133. Bergh a. a. O. 1, 235 S. 138. Ehternach 1236 §§ 9, 11 (danach Luxemburg 1244 §§ 9, 11), Hardt, a. a. O. S. 172, 462 f. Aus Frankreich Arles § 104 (Giraud a. a. O. 2, 224), wo der Ankläger die Hälfte bezieht, und Charroux §§ 5, 6, dafr. 2, 399. Guérard in Ann. 34.

Sache unter drei Schillingen stahl: das ist dieselbe Summe, die der Defraudant in Lüneburg, Braunschweig, Hamburg und an andern sächsischen Orten büßte.²⁷⁾ Das Doppelte war die Buße des Diebes nach der Lex Frisionum 3, 1—4 und additio 9: der nämliche Betrag, den später in Friesland der Zollpflichtige verwirkte, welcher dem Schulzen eingestand, ihm Zoll vorenthalten zu haben.²⁸⁾ Daß jenes Vielfache dem Volksrecht entstammte, gewinnt wohl auch dadurch Bestätigung, daß neben ihm z. B. in den angeführten Rechten von Goslar und Lübeck der Bann seinen Platz behauptete. Wenn wir nun das wiederholte Zusammentreffen der Bußen für Hinterziehung des Zolles mit den älteren Diebstahlsbußen schwerlich für einen Zufall halten können, so dürfte es wahrscheinlich sein, daß die Buße des Defraudanten nach der Analogie der stammesrechtlichen Diebstahlsbuße gebildet ist. Dann würde, die grundsätzliche Einheit des Vielfachen und der 30 Schillinge angenommen, die erstere Strafe die ältere sein und die Geldstrafe bei dem Marktzoll begonnen haben. Wir würden uns auf dem Boden einer selbstständigen Rechtsentwicklung befinden, bei welcher die Gleichheit des materiellen Erfolges die juristische Verschiedenheit der schädlichen Handlungen überwunden hätte.

2. Die Schuld.

Soweit die autoritative Feststellung der That der Regierung gehörte, wäre eine Unterscheidung zwischen vorsätzlicher, jahrlässiger und schuldbloser Hinterziehung der Abgabe bei der leichten Präsumierbarkeit der Schuld von zu geringer praktischer Wichtigkeit gewesen, als daß sie zu einer rechtlichen Ausbildung der Schuldfrage hätte führen können. Es genügte in der Regel die Thatfache, daß ein Zollamt ohne die vorgeschriebene Leistung oder Anmeldung passiert war, um den Steuerpflichtigen strafbar zu machen. So ist es zum Beispiel in Rastattetten anerkannt, so pflegen es die Rechtsbücher zu formulieren und so nehmen es noch spätere Stadtrechte wie das von Burghorf auf. Auch in Denbermonde war es 1199 gleichgültig,

²⁷⁾ Lüneburg 1247, Döbner a. a. O. S. 29. Braunschweig § 184, Urkundenbuch der Stadt Braunschweig 1, 61 S. 116. Hamburg 1254, Höfstaum a. a. O. 1, 466 S. 168, vergl. um 1262 das. 1, 573 S. 202 f. Auffallend ist jedoch, daß bei einem Zolle auf der Hont gleichfalls das Neunfache vorkommt, s. S. (519). Vergl. Wilda, Strafrecht S. 898.

²⁸⁾ v. Richterhofen a. a. O. S. 419 § 33.

ob ein Schuldner nur versäumte seinen Zoll zu entrichten, oder ob er seine Ware wissentlich falsch deklarirte.²⁹⁾ Um etwaigen Zweifeln vorzubeugen, ist auch wohl der Umstand, ob eine Kontravention aus Vorsatz oder aus Vergeßlichkeit begangen war, ausdrücklich für irrelevant erklärt. So bestimmten zwei Grafen von Holstein 1254 für ihren Hamburger Zoll: ²⁷⁾ *quicumque theloneum vel exactionem sive ex oblivione vel ex industria dare neglexerit. novies instaurabit.* In einer andern, bereits citierten Urkunde, um 1262, ²⁷⁾ wählten dieselben Grafen für dieselbe Sache folgenden Wortlaut: *si aliquis theloneum furtive vel negligenter deduxerit, solvet pro quolibet denario novem et si querimonia proinde ad presentiam advocati pervenerit. dabit pro excessu advocato talentum, consulibus talentum et theolonario similiter.*

Seit dem 12. Jahrhundert beginnt die Schuld zum Weizen der strafbaren Defraudation zu gehören und die unverschuldete, sogar die fahrlässige Nichtentrichtung einer Verkehrsabgabe aus dem Strafrecht zu verschwinden. Schon 1122 ist ein Satz dieses Inhalts in die vom König bestätigte Utrechter Zollordnung aufgenommen: *quicumque infra terminum hujus thelonei venerit et de hoc convictus fuerit. quod justum theloneum dolose detulerit. tria talenta Tielensis monetae solvat.* Es ist dasselbe Recht, das damals in Utrecht galt, wo nur der furtive Handelnde strafbar war. Die Beweise für das Vordringen des Schuldmoments nehmen im 13. Jahrhundert rasch zu. Nach einem Zollsatz in Brügge ³⁰⁾ büßte nur der Kaufmann, welcher *secrete deduxerit bona sua*; ungefähr ein Jahrzehnt später lautet die Fassung zweier Grafen von Holstein: *qui theloneum furtive deduxerit;* ²⁷⁾ 1263 heißt es: *si quis fraudem fecisse convictus fuerit.* ²⁸⁾ und in Bern wurde 1274 verfügt: *si quis vero illorum. qui theloneum debet dare. theloneum scienter vel fraudulenter deportaverit, convictus condemnabitur in tribus libris et obolo.* Soweit ging zwar der Verfasser des Görlicher Landrechts 34, 1 nicht, das dolose Defraudieren zu fordern, aber er konnte den allgemeinen Rechtsatz aufstellen, daß Unkenntnis des Zolles von der Strafbarkeit befreie;

²⁹⁾ Wenn hier und im folgenden Quellen ohne weitere Angabe angeführt werden, so sind es dieselben, die bereits im vorhergehenden unter Nachweisung ihres Druckortes vorgekommen sind.

³⁰⁾ 1252, Köhlbaum a. a. O. I, 434 Z. 149. Vergl. Duisburg 1286 S. (519).

ein inneres Verhältnis, das jedoch dadurch praktische Brauchbarkeit erlangte, daß das Beweismittel dem Beschulbigten selbst in die Hand gegeben wurde: er sollte sein Nichtwissen beschwören.

Die Grade der Schuld sind nur an wenigen Orten in einer Abstufung der Strafe zu rechtlicher Geltung gekommen. Außer dem Recht von Incourt, das eine offenbar singuläre Ausföhrung enthält, liefert der Zoll der Dordrechter in Heusden vom Jahre 1252 einen der älteren Fälle. Hier steht auf falscher Deklaration der Verlust von Ware und Schiff, wogegen das unverzollte Passieren bis zum Turm von Alburg mit doppeltem Zolle und einem Pfund holländischen Geldes gebüßt wird, wenn nicht etwa höhere Gewalt, Wind oder Eis, die Erfüllung der Pflicht verhindert hatte; fuhr der Händler über Alburg hinaus, so traf ihn wieder die erste, härtere Strafe.³¹⁾

So sehr sich auch die damalige Zeit des Unterschiedes bewußt gewesen sein mag, der zwischen Schuld und Schuldlosigkeit und zwischen schwerer und leichter Schuld liegt, so scheint es doch nicht richtig zu sein, die steigende Berücksichtigung des Willens ausschließlich dem verfeinerten Schuldgefühl zuzuschreiben. Vielmehr erhalten, wie mich dünkt, alle jene einzelnen Vorgänge ein merkwürdiges Licht durch die Sagung, welche Graf Balduin IX. von Konstantinopel im Jahre 1199 seiner Stadt Gent erteilt hat.³²⁾ Der Fürst verzichtete auf jede Bestrafung der Zollkontravention: *quicumque vero theloneum suum fraudulentè detinuerit, in nihilo, licet ipse inde convictus fuerit, multabitur. verum integrum theloneum suum persolvat.* Daß eine solche Vergünstigung eine Ausnahme war und blieb, darf wohl nicht abhalten, hierin ein Symptom eines neben dem Sinn für die Verschuldung wirksamen Faktors zu erkennen. Wie Balduin IX. haben gewiß auch andre Zollherren lieber einen Teil ihrer Einnahmen aus den Strafgeldern geopfert, als daß sie sich in Gefahr brachten, durch unnachgiebige Aufrechterhaltung des alten Rechts die Sympathieen der immer mächtigeren städtischen Kreise zu verlieren.

³¹⁾ Bergh, Dorkondenboet 1, 555 S. 295 = Höhlbaum a. a. O. 1, 429 S. 142. Vergl. die Strafsteigerung in der Urkunde um 1262 (Anm. 27).

³²⁾ Warnkönig a. a. O. 2, 1, 8 S. 20 § 9; 23 § 30; 25 § 6; 27 § 5.

3. Die Klage.

Wir wenden uns zu der Frage, seit wann die Strafe unter die Garantie einer vorgängigen gerichtlichen Entscheidung gestellt worden ist. Es ist für das 12. und 13. Jahrhundert leichter darzuthun, daß die Steuerbehörde auch den auf freier That Betroffenen nicht mehr verurteilen durfte, als für das ältere Recht das Gegenteil quellenmäßig zu erweisen. Indes kann es, soviel ich sehe, nicht bestritten werden, daß die Verwaltung vormalis nicht bloß konfiszierte, sondern auch Geldstrafen verhängte, weil die Satzungen, welche sie beschränken, Privilegien sind, die zudem keineswegs stets allgemein jedem Defraudanten zu gute kommen, sondern oft ausschließlich für die Bürger der einzelnen Stadt oder für gewisse Klassen der Bevölkerung gelten sollen. Muß hieraus der Schluß gezogen werden, daß, wo ihm eine derartige Norm nicht entgegenstand, das Steueramt befugt war, wenigstens den sofort Ergriffenen selbst abzustrafen, so ist die weitere Folgerung unabweisbar, daß die Verwaltung ursprünglich eine solche richterliche Macht allgemein befehlen hat.

Was jetzt bewilligt wurde, war nicht eine Änderung des materiellen Rechts, sondern eine Gewährleistung der richtigen und unparteiischen Anwendung dieses Rechts. Der Richter sollte nicht zugleich Partei sein. Indem das Recht die Behörde suchen sollte, die speziell für die Rechtspflege bestimmt war, führten einzelne Satzungen den Gedanken noch dadurch praktisch vorwärts, daß sie den Zollbeamten nicht zugleich Richter sein ließen. Die wünschenswerte Trennung des Verwalters und des Richters der Person nach ist von der flandrischen Regierung 1252 den Kaufleuten des Deutschen Reiches für den Zoll in Damme zugesichert: *nullus thelonearius in eadem villa nostra possit esse simul et iudex et ballivus vel etiam scabinus.*³³⁾ Die Herren erblickten keinen Nachteil darin, wenn sie dem Pflichtigen die Klage einräumten, zumal sich die Konzeßion mehr gegen ihre Diener als gegen sie selber richtete. Auch hier gelangten sie durch das Bürgertum zu der Einsicht, daß ihr eignes Interesse gewinnen würde, falls sie dem Gewerbtreibenden die vollste Sicherheit dafür böten, daß die Verwaltung ihn nicht ungerecht behandeln könne.³⁴⁾

³³⁾ Höflbaum a. a. O. 1. 428 S. 141, vergl. 1. 433 S. 148.

³⁴⁾ In Frankreich hatte ein Zöllner den Dienstreid zu schwören, *quod nullum scienter accusabit injuste*, Guérard, Cartulaire de l'abbaye de Saint-

Die von mir notierten Statuten des 12. und 13. Jahrhunderts sind bei aller Unvollständigkeit meiner Sammlung so zahlreich, daß ich anstehen würde, sie zu verzeichnen, wenn mir eine anderweitige Zusammenstellung bekannt wäre. Das Interesse an dem Gegenstand schien mir groß genug, um die Untersuchungen andrer durch die Vorlegung von Materialien zu erleichtern. Und mehr als eine Vorarbeit will meine Abhandlung überhaupt nicht sein.

Indem ich die schon früher citierten, hier aufs neue in Betracht kommenden Stellen in die Anmerkung 35 verweise, lasse ich die übrigen, teils landschaftlich, teils chronologisch geordnet, folgen, abermals dergestalt, daß ich diejenigen abdrucken lasse, von denen ich nicht glaube, daß sie überall leicht nachgeschlagen werden können.

Nieuport 1163 § 19, Giraud a. a. O. 1, 40: si de theloneo panis vel cervisiae aliquis accusatus fuerit, juramento sine reprehensione se excusabit.

Mrel 1235, Warkönig a. a. O. 2, 2, 219 b S. 177.

Nymegen 1266, Eloet, Dorkondenboef 896 S. 872: si comes Clivensis aliquem dictorum oppidanorum Novimagensium culpae voluerit, super eo, quod per sua thelonia bona silenter deduxerint aliorum, ipse super hoc prosequetur justiciam et sententiam scabinorum in Novimagio, prout in talibus consuetum est hactenus.

Auf der Hont 1276, Bergh a. a. O. 2, 324 S. 139: si collectores vel ipsorum domini eos (die für sich auf der Westerschelde zollfreien Bürger von Antwerpen) convertere potuerunt apud Antwerpiam de hoc, quod bona extranea in navibus suis habuerunt, justitia Antwerpiensis eis theloneum sic subtractum noniplum persolvi faciet.

Wesel, Vacomblet a. a. O. 2, 258 S. 133.

Duisburg 1286, ebd. 2, 823 S. 489.

Hamburg 1189, Hassje, Regesten und Urkunden 1, 161 S. 84 f.:

Père de Chartres I S. XXXIX, um 1140; in Burgdorf und Bern (oben S. 511) verwirkte er dafür im Falle erfolgter Zahlung Buße und Bette.

³⁵⁾ Ich versehe die in den vorigen Noten erwähnten mit der Notenzahl, die anderen stehen S. 510 f. Arras 1111. Zoll auf der Dender 1200. Incourt 1226. Die Dordrechter in Heusden (31). Goslar. Lüneburg (27). Eine besondere Behörde errichtete Dordrecht 1266 (14).

si vero aliqua bona duxerint hospitum (die für sich zollfrei
Hamburger), mittant nuntium ydoneum Stadis, qui per jur-
mentum suum theloneum persolvat secundum bonorum qua-
titatem. si autem videtur theloneario, quod in aliqua pare
theloneum neglexerit, sequatur ipsum Hammenburg, ut secu-
dum justiciam satisfaciat et emendet.

Eisenach 1283 § 26, Gaupp, Stadtrecht 1, 202.
